



PROGRESS

ERGEBNISBERICHT 2009

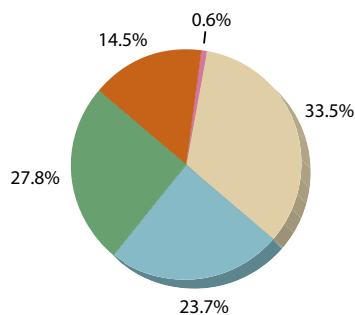
ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

PROGRESS ist...

... das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007-2013), mit dessen Hilfe die EU die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Ziele der Sozialagenda unterstützt: mehr und bessere Arbeitsplätze und solidarischere Gesellschaften, die allen Mitgliedern die gleichen Chancen bieten. Progress unterstützt die Politikentwicklung in fünf eng miteinander verknüpften Politikbereichen: Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Eingliederung (SPSI), Arbeitsbedingungen, Antidiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter. Im Jahr 2009 haben die folgenden Länder an dem Programm teilgenommen: die 27 EU-Mitgliedstaaten, die EFTA-/EWG-Länder, die Beitrittsländer sowie das Kandidatenland (Serbien).

Auf Grundlage objektiver und subjektiver Ergebnisse, die hauptsächlich durch sekundärstatistische Auswertungen und Umfragen gewonnen wurden, vermittelt der jährliche Progress-Ergebnisbericht 2009 einen umfassenden Einblick in den Einsatz der Fördermittel des Programms und deren Beitrag zur Realisierung der Progress-Ziele. Die Fördermittel, die sich 2009 auf 101,304 Mio. EUR beliefen, wurden für die im nachstehenden Schaubild aufgeführten Ziele eingesetzt.

Betriebsausgaben — tatsächliche Verpflichtungen 2009, aufgeschlüsselt nach den unmittelbaren Ergebnissen von Progress



- Informationsaustausch und Lernen
- Faktengestützte Politik
- Hochwertige und partizipatorische Debatte
- Kapazitätsausbau der Netzwerke
- Integration von Querschnittsthemen

Quelle: Europäische Kommission – Zahlen der GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit



Europäische Kommission

2009 trug Progress in den folgenden Bereichen zur Erreichung der EU-Ziele bei:

Förderung einer besseren Anwendung der EU-Gesetzgebung

Die Erfüllung der EU-Gesetzgebung in den Politikbereichen von Progress durch die Mitgliedstaaten hat sich 2009 (im Vergleich zu 2008) allgemein verbessert. Um diese Entwicklung zu unterstützen, hat Progress erstens zu einer Verbesserung der Qualität der politischen Initiativen der Kommission beigetragen, indem das Programm gewährleistet, dass diese auf einer stabilen Faktengrundlage aufbauen, Entscheidungsverfahren offener gestaltet und ein breites Spektrum von Interessenvertretern an der Politikentwicklung beteiligt werden. Zweitens trägt es zu einer korrekten und effektiven Anwendung der EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten bei, indem es gegebenenfalls die Erfüllung der EU-Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten überwacht und die Mitgliedstaaten durch Leitlinien und Ausbildung bei der Umsetzung und Erfüllung der EU-Gesetzgebung unterstützt.

2009 trug Progress zu mehreren politischen Initiativen bei, unter anderem zu der Einigung des Rates auf eine Überarbeitung der Richtlinie 86/613/EWG über die Gleichbehandlung selbständiger und mitarbeitender Ehepartner, und der Entscheidung des Rates, im Namen der Europäischen Union die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu unterzeichnen.

Förderung eines gemeinsamen Verständnisses und von Eigenverantwortung für die politischen Ziele der EU bei den Politikern, Entscheidungsträgern und anderen Akteuren in den Mitgliedstaaten

Progress fördert durch den Austausch von bewährten Verfahren die Kooperation zwischen nationalen Behörden und verbessert durch das Sammeln von Fakten und Daten sowie durch die Bereitstellung einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage deren Wissen über die dringlichsten Themen.

2009 leistete Progress einen Betrag zur Einigung der Mitgliedstaaten in einer Reihe von Themenbereichen, wie z. B. den Schlussfolgerungen des Rates über „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung.

Arbeitsmarkt- und Qualifikationserfordernisse antizipieren und miteinander in Einklang bringen“, den Schlussfolgerungen des Rates über „Flexicurity in Zeiten der Krise“ und den Schlussfolgerungen des Rates über „Sozialdienstleistungen als Instrument für die aktive Eingliederung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und als Bereich für Beschäftigungsmöglichkeiten“.

Progress war das wichtigste Finanzinstrument für die Organisation von Präsidentschaftskonferenzen und anderen hochrangigen politischen Debatten (wie z. B. dem Gleichstellungsgipfel, dem jährlichen Rundtischgespräch über Armut und soziale Ausgrenzung, der Konferenz „Beschäftigung in Europa“ und den Umstrukturierungsforen).

Stärkung der Partnerschaften mit Interessenvertretern auf einzelstaatlicher und EU-Ebene

Progress schuf die Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Nichtregierungsakteuren und wichtigen Interessenvertretern am politischen Prozess, so dass diese den Entscheidungsträgern in einer hochwertigen und partizipatorischen politischen Debatte auf einzelstaatlicher und EU-Ebene ihre Sichtweise vermitteln konnten. Außerdem hat das Programm durch die Unterstützung von Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen auf EU-Ebene dazu beigetragen, die Kapazität von Nichtregierungsakteuren auszubauen und diese in die Lage zu versetzen, Politik auf EU- und einzelstaatlicher Ebene zu beeinflussen oder zu ändern.

Progress hat Partnerschaften gestärkt und dadurch zur erfolgreichen Annahme von politischen Initiativen beigetragen, wie z. B. der Schlussfolgerungen des Rates über die Eingliederung der Roma, der Schlussfolgerungen des Rates über „Geschlechtergleichstellung, Wachstum und Beschäftigung stärken – Input für die Strategie für die Zeit nach 2010“ und der gemeinsamen Bewertung der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und der politischen Reaktionen.

Die Leistungen von Progress

Erstens trug Progress durch die Entwicklung und Pflege eines umfangreichen Daten- und Informationsbestands sowie durch die Formulierung von für alle Mitgliedstaaten relevanten Fragestellungen zur Qualitätsverbesserung der

EU-Politikgestaltung und -Gesetzgebung sowie deren Umsetzung bei.

Die Qualität der EU-Politik und -Gesetzgebung in den Bereichen Beschäftigung, soziale Solidarität und Nichtdiskriminierung wird allgemein anerkannt. Über die Hälfte der Befragten der Jahresumfrage 2009 gab an, dass die EU-Politik auf einer gründlichen Analyse der Situation beruht und auf Bedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen in den Mitgliedstaaten reagiert.

Das im Rahmen von Progress in 92 von der Kommission beauftragten Studien und Berichten vorgelegte Material wird für seine Qualität geschätzt und regelmäßig von verantwortlichen Politikern, Entscheidungsträgern und anderen Interessenvertretern auf europäischer und nationaler Ebene zur Politikgestaltung und zur Unterstützung ihrer Vorhaben verwendet. Wie bereits erwähnt, floss es unmittelbar in eine Reihe von politischen Initiativen der Kommission zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik ein. Außerdem trug es dazu bei, auf der Grundlage von Politiken, Praktiken und Ergebnissen in den Mitgliedstaaten die nationale politische Debatte anzustoßen und zu stärken.

Verwaltungsänderungen und weitere Verbesserungen sind in den folgenden Bereichen möglich

Verkürzung der Fristen zwischen Planung einer Studie und Veröffentlichung der Ergebnisse.

In den Politikbereichen, in denen die meisten Studien entstehen (z. B. Beschäftigung), ist eine aktivere Nutzung von so genannten Mehrfachrahmenverträgen vorgesehen, die eine wesentliche Verkürzung der Zeitspanne zwischen Beginn und Abschluss einer Studie ermöglichen. Dies wird dazu führen, dass politische Analysen und Empfehlungen stärker im politischen Prozess berücksichtigt werden können.

Größere Verbreitung der Ergebnisse der durch Progress finanzierten Forschungen, Politikanalysen und Empfehlungen.

Ein Großteil der im Rahmen von Progress erarbeiteten Forschungsergebnisse, Politikanalysen und Empfehlungen werden hauptsächlich von der Kommission selbst zur Politikgestaltung genutzt, obwohl viele davon nach unseren Umfrageergebnissen auch

für andere Akteure von Nutzen sein könnten. Deshalb wird eine weitere Verbesserung der Kommunikation und Verbreitung von Forschungsergebnissen, Politikanalysen und Empfehlungen angestrebt. Dies betrifft insbesondere die von Finanzhilfeempfängern erstellten Ergebnisse.

Ferner hat Progress durch Förderung des Informationsaustauschs und des gegenseitigen Lernens unter den Mitgliedstaaten zur Entwicklung einer gemeinsamen Sicht der Herausforderungen, vor denen die EU im Sozialbereich steht, und zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses der Ziele der EU beigetragen.

Die Jahresumfrage zeigt, dass die Sensibilität für Ziele und Politik der EU in den Progress-Politikbereichen bei Politikern sowie bei Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken allgemein hoch ist.

Die Bedeutung der in rund 600 Informations-, Kommunikations- und Netzwerkveranstaltungen präsentierten Informationen wurde in allen Politikbereichen als hoch eingeschätzt, und Entscheidungsträger sowie die Sozialpartner und andere Interessenvertreter, die an den Veranstaltungen teilnahmen, gaben an, sie hätten relevante Informationen erhalten, die sie für die politische Gestaltung und/oder Unterstützung ihrer Vorhaben verwendet hätten oder zu verwenden beabsichtigten.

Zu den erfolgreichsten Veranstaltungen gehörten Peer Reviews und Aktivitäten zum gegenseitigen Lernen. Alle Länder, die an Progress teilnahmen, waren ungefähr gleich intensiv an den gegenseitigen Lernprozessen beteiligt (16 thematische und Peer-Review-Seminare), die nationale Reformen im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung (SPSI) und Beschäftigung unterstützen sollen.

Verwaltungsänderungen und weitere Verbesserungen sind in den folgenden Bereichen möglich:

Bessere systematische Erfassung der Zufriedenheit der Teilnehmer.

Überwachungsdaten zeigen, dass die mittels projektbezogener Zuschüsse erstellten Informationen und Lernveranstaltungen ein breites Publikum

erreichen. Es liegen jedoch keine ausreichenden Daten über die Relevanz der bei derartigen Veranstaltungen vermittelten Informationen und deren künftige Nutzung vor. Daher wird ab 2010 obligatorisch die Zufriedenheit der Teilnehmer bei diesen Veranstaltungen ermittelt, so dass im nächsten Jahr detailliertere Überwachungsdaten vorliegen werden.

Schließlich hat Progress auch zur Förderung einer fruchtbaren politischen Debatte auf EU- und auf nationaler Ebene über Gesetzgebung, Politik und Ziele der EU beigetragen, sowie die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Interessenvertretern ermöglicht.

Durch die mehr als 140 unterstützten Veranstaltungen (an denen 12 500 Interessenvertreter teilnahmen) hat Progress auf EU- bzw. nationaler Ebene die Einbindung von Interessenvertretern aus Nichtregierungsorganisationen und regionalen Organisationen wesentlich angeregt. Andere Interessenvertreter, z. B. für ethnische Minderheiten und von Armut betroffene Menschen, erhielten die Möglichkeit, ihre Anliegen zu äußern und gehört zu werden (ein gutes Beispiel ist die Diskussion um die Integration der Roma). Die Ergebnisse der politischen Debatte flossen unmittelbar ein in verschiedene politische Initiativen der Kommission zu Antidiskriminierung und Eingliederung der Roma, Gesundheit und Sicherheit, sozialer Eingliederung und Sozialschutz sowie Gleichstellung der Geschlechter.

Durch Unterstützung der 24 wichtigsten EU-Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen, die sich die Förderung der sozialen Eingliederung, der Nichtdiskriminierung und der Geschlechtergleichstellung zur Aufgabe gemacht haben, hat Progress die Möglichkeiten von nationalen und EU-Netzwerken, an der Entscheidungsfindung und Politikgestaltung auf EU- und nationaler

Ebene mitzuwirken und darauf Einfluss zu nehmen, verbessert.

Die wichtigsten EU-Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen hatten bei den Teilnehmern der Jahresumfrage einen hohen Bekanntheitsgrad und wurden als nützliche Informationsquelle sowie als erfolgreich bei der Sensibilisierung und Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern in den jeweiligen Politikbereichen eingeschätzt.

Die Ergebnisse der Jahresumfrage 2009 zeigen ferner, dass die allgemeinen Prinzipien der guten Regierungsführung in allen Politikbereichen eingehalten wurden. Am positivsten wurden die Klarheit der zur Diskussion gestellten Themen sowie die Beteiligung aller relevanten politischen Akteure wahrgenommen. Trotz bedeutender politischer Erfolge auf EU-Ebene, die sich aus der politischen Debatte, insbesondere in den Bereichen Nichtdiskriminierung und Gleichstellung, ergaben, war die Einstellung der Befragten der Progress-Jahresumfrage bezüglich der Beteiligung aller relevanten Politiker und Entscheidungsträger weniger positiv.

Verwaltungsänderungen und weitere Verbesserungen sind in den folgenden Bereichen möglich:

Genauere Identifizierung aller Interessenvertreter und deren aktivere Beteiligung an der nationalen politischen Debatte.

Die Beteiligung aller relevanten Interessenvertreter ist eine entscheidende Voraussetzung für eine hochwertige und effektive politische Debatte. Daher ist es notwendig, die wichtigsten nationalen Interessenvertreter genauer zu identifizieren und dann ihre Teilnahme an der politischen Debatte zu ermuntern und zu ermöglichen.

Die Druckausgabe dieser Veröffentlichung ist in Englisch, Französisch und Deutsch erhältlich.

Der vollständige Text des Berichts in deutscher, englischer und französischer Sprache kann auf <http://ec.europa.eu/progress> (Überwachung und Auswertung) heruntergeladen werden.

© Europäische Union, 2010

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF ELEMENTAR CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER (ECF)

